

Die Flucht aus der DDR und der Mauerbau

Ingrid Kraaß' Familie lebt geteilt in Ost- und in Westdeutschland. 1937 in Hildesheim geboren, wächst sie aufgrund der Kriegsereignisse bei ihren Großeltern in Sachsen-Anhalt auf. Sie besucht die Schwesternschule und findet Arbeit in einer Klinik in Heiligendamm. Während dieser Zeit, um 1960, entschließt sie sich, zu ihrer Familie und Freunden nach Hildesheim zu ziehen. Geradezu generalstabsmäßig setzt sie diesen Vorsatz um: Zunächst betreibt sie erfolgreich ihre Versetzung in ein Krankenhaus in Berlin. Seit 1952 ist die innerdeutsche Grenze gesperrt, nur in Berlin kann man noch vergleichsweise problemlos von Ost nach West wechseln. Sie bekommt eine Stelle im Krankenhaus der Volkspolizei in der Scharnhorststraße. Nun geht sie daran, ihre Habe nach und nach in den Westen zu transportieren. Schließlich setzt sie sich mit einem kleinen Kofferchen selbst in die S-Bahn. Trotz starker Kontrollen bleibt sie unbehelligt, mit ihrem Sonderausweis des Krankenhauses und der Fahrtstrecke in die Nähe von Salzwedel darf sie über Westberlin reisen und kann passieren, erhält sogar noch Hilfe von Vopos. Ingrid Kraaß geht ins Notaufnahmelager nach Marienfelde, wo ihre Mutter auf sie wartet – am 6. August 1961.¹

Im gleichen Alter ist Brigitte Kynast, sie hat aber Mann und zwei kleine Kinder. Ähnlich gut organisiert sie ihren „Umzug“ von Ost- nach Westberlin. Die junge Familie hat immer noch keine eigene Wohnung bekommen und muss bei ihrer Mutter wohnen. Da ihr Mann ohnehin im Westen bei Telefunken arbeitet – damit gehört er zu den angefeindeten „Grenzgängern“ –, entschließt sich die Familie, in den Westteil der Stadt umzuziehen. Auch sie bringt nach und nach Besteck, Porzellan, Lampen, eben alles, was sie hat, in den Westen zu einer Tante, zumeist versteckt im Kinderwagen. Am Sonntag soll es nun endlich so weit sein. Samstags schafft das junge Paar die letzten Sachen „rüber“ und lässt auch den dreijährigen Sohn gleich da. Als Entlastung für den Tag der eigentlichen Flucht. Man schreibt den 12. August 1961. Am darauf folgenden Sonntag gibt es ein böses Erwachen: Die Grenze ist gesperrt. Brigitte Kynast fühlt nur noch Wut und Hass. Als sich nach einigen Tagen abzeichnet, dass die Situation sich nicht mehr grundlegend ändern wird, bringt die Tante den dreijährigen Jörg zurück zu seinen Eltern nach Ostberlin. Sechs Wochen später versucht die Familie noch einmal zu fliehen. Brigitte Kynast

1 Vgl. Zeitzeugeninterview Ingrid Eisenbart in der Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde.

gelingt es, den Grenzzaun zu durchbrechen. Aber weil die Grenzposten Stellung beziehen, wagt ihr Mann mit den Kindern den Versuch nicht und bleibt zurück. Nach zwei Wochen im Westen verlässt sie die Hoffnung, dass Mann und Kinder ihr folgen können. Sie kehrt zurück in die DDR. Drei Monate sitzt sie in Untersuchungshaft, dann wird sie wegen Republikflucht verurteilt, ihre Strafe jedoch zur Bewährung ausgesetzt. Brigitte Kynast verlässt die DDR erst nach dem Fall der Mauer.²

Das sind nur zwei Geschichten von ca. 4 Millionen – von 4 Millionen Menschen, die zwischen 1949 und 1990 die DDR in Richtung Bundesrepublik und Westberlin verließen. Sie zeigen bei aller Parallelität den unterschiedlichen Verlauf von Fluchtversuchen. Und sie geben eine Ahnung von der Vielfalt der Motive, die zum Fluchtentschluss führen konnten. Sie zeigen aber auch, welche hohen Risiken die Menschen eingingen, um dem SED-Regime zu entfliehen, und dass der Erfolg von Fluchtversuchen auch vor dem Mauerbau beileibe nicht garantiert war. Welchem Druck mussten sich die Menschen ausgesetzt gesehen haben, dass sie ihr Leben und ihre Gesundheit aufs Spiel setzten, um diesem Staat entfliehen zu wollen? Das gilt natürlich insbesondere für die Jahre ab 1961, aber auch zuvor war der Übertritt in den Westen kein Spaziergang.

Nicht zuletzt illustrieren die Beispiele, welche grundlegende Bedeutung der Mauerbau für die Flucht aus der DDR besaß. Die gegenseitige Abhängigkeit von Flucht und Mauerbau zeigt sich – über das in den Fallbeispielen Gesagte hinaus – in zweierlei Hinsicht.

Erstens verschlechterte der Mauerbau in nicht zu übertreffender Weise die Chancen, einigermaßen unbehelligt in den Westen zu gelangen. Eine Flucht war nun nur noch unter Inkaufnahme eines erheblichen, im Extremfall tödlichen Risikos möglich. Das zeigte die Geschichte von Brigitte Kynast, aber insbesondere die hohe Zahl an Mauertoten.

Zweitens setzte die konstant hohe Abwanderung aus der DDR, die in den Jahren 1960/61 während der Berlin-Krise noch eine ungeahnte Steigerung erlebte, die Regierung der DDR dermaßen unter Druck, dass sie sich nur noch mit drastischen Mitteln, eben dem Mauerbau, zu helfen wusste.

1. Gründe für die Massenabwanderung aus der DDR

Weshalb verließen die Menschen die DDR? Hier kann das Phänomen Flucht aus der DDR nicht in voller Breite ausgeschöpft werden. Dieser Ansatzpunkt war aber bereits zeitgenössisch die Kernfrage, die immer wieder gestellt wurde. Nur eine befriedigende Antwort darauf konnte die DDR überhaupt in die Lage versetzen, der Abwanderung gegenzusteuern.

2 Vgl. „50 Meter, die schier endlos schienen“, Augsburg Allgemeine, 9. November 2009.

Aber auch im Westen wurde die Frage nach den Fluchtgründen stets gestellt.³ Neben eher soziologischem Interesse stand hier vor allem die Frage im Zentrum, ob es sich um Flucht im politischen Sinne handelte oder um eine Form der Wanderungsbewegung, wie es sie aus den verschiedensten Motiven, vornehmlich wirtschaftlichen, immer gibt und die als Normalität zu gelten hat. Damit war die Frage nach dem Ort der Fluchtbewegung innerhalb des Systemkonflikts gestellt. Entsprechend polarisiert und undifferenziert fielen vielfach auch nach fein ziselierten Untersuchungen die Bewertungen aus.⁴ Eine derart in aktuellen Bezügen gefangene Herangehensweise verstellt manchen klaren Blick und setzt sich der Gefahr aus, je nach Standpunkt entweder jede Flucht zu überhöhen als heroischen Kampf gegen die Unfreiheit oder die Ankommenden zu diffamieren, wenn nicht als Asoziale und Kriminelle, so doch als materialistisch eingestellte Glücksritter.

Schienen die Gründe für das Verlassen der DDR aus westdeutscher Perspektive auf der Hand zu liegen, so sah sich das SED-Regime der Aufgabe gegenüber, ihnen intensiver nachzugehen und die entsprechenden Schlussfolgerungen daraus zu ziehen, um politisch handlungsfähig zu bleiben. Die Berichte, die vornehmlich von der Volkspolizei, aber auch von der Staatssicherheit dazu verfasst wurden, geben ein durchaus plastisches Bild von Missständen und Unzufriedenheiten wieder. Es bestätigt neben den berichteten Gegebenheiten, dass die Staatsorgane ihr Ohr am Volk hatten. Benannt werden vor allem folgende fünf Brennpunkte der Abwanderung:

1. Berufsspezifische Abwanderungsgründe deuten auf die massiven Eingriffe des Staates in die Arbeitswelt. Berufsgruppen wie Landwirte und Handwerker waren periodisch erheblichem Verdrängungsdruck ausgesetzt und verließen dann in wahrnehmbaren Wellen die DDR. Aber auch Lehrer, die die „sozialistische Entwicklung“ des Staates nicht mittragen, flohen genauso wie Beschäftigte in anderen Bereichen, die die Politisierung der Arbeitshierarchien auf Kosten des Sachverstands und der Arbeitseffizienz demotiviert hatte. Falsche Allokation von Arbeitskräften führte in vielen Fällen zu Unzufriedenheit, dazu kam das Wissen um bessere Perspektiven in fachlicher und materieller Hinsicht im Westen.⁵
2. Ein weiterer Grund, die DDR zu verlassen, waren die anhaltenden Versorgungengpässe. Ganz im Mittelpunkt stand hier der Bedarf an ausreichendem und angemessenem Wohnraum. Entsprechende Forderungen wurden mitunter sogar explizit als Druckmittel eingesetzt, wenn Bürger den staatlichen Stellen gegenüber äußerten, sie würden nur in der

3 Zur Diskussion in der Literatur und zur Problematik der Erhebung von Fluchtgründen vgl. Helge Heidemeyer: Flucht und Zuwanderung aus der SBZ/DDR 1945/1949-1961. Die Flüchtlingspolitik der Bundesrepublik Deutschland bis zum Bau der Berliner Mauer, Düsseldorf 1994, S. 53-58.

4 Vgl. ebd.; Volker Ackermann: Der „echte“ Flüchtling. Deutsche Vertriebene und Flüchtlinge aus der DDR 1945-1961, Osnabrück 1995, S. 191-195; Damian van Melis und Henrik Bispinck: „Republikflucht“. Flucht und Abwanderung aus der SBZ/DDR 1945 bis 1961, München 2006, S. 73-78.

5 Vgl. Melis/Bispinck, „Republikflucht“, S. 78-92.

DDR verbleiben, wenn sie eine angemessene Wohnung zugewiesen bekämen.⁶ Auch die mangelhafte Versorgung mit Konsumgütern blieb stets ein Sorgenkind, weil hier die DDR im Vergleich mit der Bundesrepublik ganz besonders ins Hintertreffen geraten war.

3. Der nächste Problembereich war das Bildungssystem. Die hier vorherrschende staatliche Lenkung bedeutete für bestimmte Bevölkerungskreise eine massive Benachteiligung. Insbesondere Kinder von Akademikern erhielten kaum noch Zugangschancen für weiterführende Schulen. Gerade diese bildungsorientierten Schichten waren aber am wenigsten bereit, einen solch fundamentalen Ausschluss von entsprechenden Bildungswegen für ihre Kinder hinzunehmen.
4. Mangelnde Reisefreiheiten konnten ebenfalls den Wunsch, die DDR zu verlassen, schüren. In der Zeit vor dem Mauerbau stand vor allem die Möglichkeit, frei und nach Belieben in den Westen zu reisen, im Mittelpunkt, weil viele Menschen enge verwandtschaftliche und freundschaftliche Beziehungen dorthin besaßen. Entsprechend schmerzhaft empfanden die Betroffenen solche Einschränkungen, sie wurden vielfach zum Auslöser einer Fluchtentscheidung.
5. Ein letzter Faktor verstärkte viele der aufgezählten Faktoren noch, wurde aber als eigener fluchtauslösender Punkt auch zeitgenössisch bereits reflektiert, so genannter „Bürokratismus“. Darunter ist unsensibles Verhalten öffentlicher Amtsträger im Umgang mit den Bürgern zu verstehen, die respektlos als Bittsteller mit großer Willkür abgefertigt wurden. Ein krasses Beispiel ist das eines Reiseantragstellers, der seinen todkranken Vater im Westen besuchen wollte und der sich vom Beamten sagen lassen musste, er solle doch bis zum Tod warten, zwei Ausreisegenehmigungen in kurzer Zeit erhalte er sicher nicht.⁷

Aber wie reflektierte die DDR diese Befunde? Anstatt die Ursachen zu bekämpfen, attestierten die Verantwortlichen den Gehenden einerseits ein unterentwickeltes politisches Bewusstsein und mangelnde politische Bildung. Dies führe zu einer falschen Einschätzung ihrer wirklichen, nämlich im Grunde vorteilhaften Lage, die nur mit vorübergehenden Mängeln behaftet sei. Andererseits nahmen sie das wirtschaftliche Gefälle in seiner Bedeutung nicht als Grund, der DDR den Rücken zu kehren, ernst und machten vor allem Abwerbung aus dem Westen für den massiven Exodus von Fachkräften verantwortlich. Eine Abwerbung, die mit glitzernden Vorspiegelungen Unschuldige zu einem unüberlegten Schritt verführe. Ganz abgesehen von der verqueren Wahrnehmung der ökonomischen Situationen in Ost- und Westdeutschland: Welches Menschenbild von der eigenen Bevölkerung verbirgt sich hinter derartigen Einschätzungen? Ob vor diesem Hintergrund Erklärung wie die folgende überzeugen konnten?

6 Vgl. Corey Ross: „... sonst sehe ich mich veranlasst, auch nach dem Westen zu ziehen“. „Republikflucht“, SED-Herrschaft und Bevölkerung vor dem Mauerbau, in: Deutschland Archiv 34 (2001), S. 613-627, hier S. 623.

7 Vgl. Melis/Bispinck, „Republikflucht“, S. 99. Vgl. auch Daniela Münkler: Die DDR im Blick der Stasi 1961. Die geheimen Berichte an die SED-Führung, Göttingen 2011, Einzel-Information Nr. 242/61 v. 18. Mai 1961.

Es kommt darauf an, im Zusammenhang mit einer breiten Erläuterung der Ergebnisse des XX. Parteitages der KPdSU und der 3. Parteikonferenz die große Realität des 2. Fünfjahresplanes darzulegen und hierbei die Perspektiven des wachsenden Wohlstandes immer breiteren Schichten des Volkes aufzuzeigen und die Bevölkerung zu überzeugen, dass alle die Möglichkeit besitzen, bei uns in Sicherheit und ohne Furcht zu leben. Dabei soll der Bevölkerung die unterschiedliche Entwicklung des gesamten gesellschaftlichen Lebens in Westdeutschland und in der DDR erläutert werden, warum der Aufbau des Sozialismus in der DDR verbunden ist mit einer immer breiteren Entfaltung der Demokratie durch die aktive Teilnahme aller Bevölkerungsschichten am gesamten staatlichen Leben und damit in Verbindung der notwendigen Erweiterung der demokratischen Rechte der Bürger.⁸

In den Berichten der Staatssicherheit an die Staats- und Parteiführung wird die Skepsis in der Bevölkerung sehr deutlich, wenn als Stimmungsbild festgehalten wird, „der Menschenhandel werde nur deshalb so stark propagiert, weil wir keine anderen Argumente zur Rechtfertigung der Maßnahme [dem Mauerbau. H.H.] fänden.“ Klar wird formuliert: „Ursachen der R-Flucht seien nicht die Abwerber, sondern die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die den Menschen in der Republik den Glauben an ihre Perspektive des Wohlstands genommen haben.“⁹

Der Vorwurf der Abwerbung war nur ein Aspekt dessen, was die DDR als „psychologische Kriegsführung“ der Bundesrepublik – des „Gegners“ – begriff. Der Bundesrepublik wurden „Menschenhandel“ und planvolle „Maßnahmen und Methoden [...] zur Organisation der Republikflucht“ unterstellt. Diese bestanden aus Sicht der Staatssicherheit aus:

1. Der Störung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung in der DDR, ihrer Politik der Verständigung und der Verhandlung und ihres wachsenden nationalen und internationalen Ansehens.
2. Der Ausschaltung der DDR als Konkurrent auf dem Weltmarkt durch zielstrebige Abwerbung von Spezialisten, vor allem aus exportintensiven Industriezweigen.
3. Der Beschaffung von Fach- und Arbeitskräften für die westdeutsche und die Westberliner Wirtschaft zur Beseitigung des durch die Hochkonjunktur in bestimmten Berufszweigen vorhandenen Arbeitskräftemangels, besonders in der Rüstungsindustrie.
4. Mit der zur Organisierung der Republikfluchten notwendigen Lügenkampagne über die angeblich unerträglichen Zustände in der DDR von dem in der Westzone herrschenden politischen Notstand abzulenken.¹⁰

Diese Bewertungen zeigen: Die führenden Männer betrachteten die Phänomene zwangsläufig durch ihre politische Brille, versperrten sich damit aber gleichzeitig die Möglichkeit, die empirischen Befunde ihrer Zuträger ernst zu nehmen. Dabei war doch spätestens seit dem 17. Juni 1953 offensichtlich, dass viele Menschen in der DDR ihre Politik nicht mit trugen. So entwickelten sie einen verzerrten Blick auf die Dinge, der dazu führte, dass die Regierenden falsche Schlüsse zogen. Für das Beispiel der angeblichen Abwerbung von Menschen durch den Westen heißt das: Freilich versuchten manche Firmen in der Bundesrepublik aktiv, ihren Fachkräftemangel durch Zugewinne aus der DDR zu kompensieren. Sieht man von den genuin

8 Protokoll der Sitzung des Politbüros des Zentralkomitees vom 19. Juni 1956, Anlage 4: Bericht der Kommission zu Fragen der Republikflucht vom 25. Mai 1956, abgedruckt in: Melis/Bispinck, „Republikflucht“, S. 184.

9 Münkler, DDR 1961, Bericht Nr. 478/61 v. 24. August 1961, S. 233.

10 Ebd., Bericht Nr. 140/61 v. 10. März 1961, S. 84.

politischen Fluchtgründen ab, erklären zwei andere Faktoren den Prozess des Arbeitskräfteabflusses jedoch weitaus plausibler: Die materiellen Vorteile in der Bundesrepublik Deutschlands lagen auf der Hand, zwei Stichworte mögen hier genannt sein: höherer Verdienst und besserer Lebensstandard. Manfred Gehrman beschreibt den zweiten Faktor als „innerdeutsches Migranten-Netzwerk“. Danach spielten soziale Verbindungen und Netzwerke, eine erhebliche Rolle bei der Entscheidung für eine Flucht und der Realisierung dieses Entschlusses.¹¹ Beide Faktoren werden in staatlichen Berichten der DDR zum Thema zwar genannt, als ernsthafte Gründe, die DDR zu verlassen, können sie für die Herrschenden aber nicht gelten.¹²

Zu den Ausnahmefällen gehörte es, wenn Männer wie Hans Tzschorn, der persönliche Referent von Ministerpräsident Willi Stoph, zugestanden, dass man das Ausmaß und die Ursachen der „Republikflucht“ wegen der Auswirkungen nicht öffentlich diskutieren könne.¹³ Solche Einsichten zeigen, dass die Verantwortlichen mitunter durchaus die tieferen Gründe für das Verlassen des Arbeiter- und Bauernstaates wahrnahmen, sie wegen der Brisanz der Erkenntnisse aber dennoch von ihrer Erörterung absahen. Auch die Klarsichtigeren beförderten also das Beschweigen – auch deshalb, weil sie wussten, dass jegliche öffentliche Argumentation auf eine Mauer des Unverständnisses stoßen würde: Ein Problem der Regierung bestehe darin, dass die Flucht ‚nicht als Verbrechen angesehen werde‘, schrieb Tzschorn in einer anderen Stellungnahme. Im Gegensatz werde das ‚Passgesetz als Willkür und Härte, als Eingriff in Familienbeziehungen empfunden. Weithin verbreitet ist die Auffassung, dass die Verfolgung von Republikflüchtigen und ihre Bestrafung mit den Bestimmungen über Freizügigkeit [der] Verfassung im Widerspruch stehe.‘ Das mache es schwer, ‚planmäßig‘ den Wegzug zu bekämpfen, so Tzschorn.¹⁴

Alle Maßnahmen dagegen hätten „nur das Gegenteil bewirkt“, schloss auch der sowjetische Botschafter Perwuchin aus den ihm vorliegenden Informationen zur Republikflucht.¹⁵ Bei allem ideologischen Ballast und bei aller Verblendung ist unstrittig, dass die Abwanderung, wie die DDR sie hinnehmen musste, eine Größenordnung darstellte, die eine erhebliche Belastung bedeutete. Bis 1961 hatten etwa 3 Mio. Menschen die DDR verlassen. Die Hochphasen der Abwanderungsbewegungen lagen in den Jahren 1952/53 und 1960/61, als die SED-Regierung jeweils versuchte, die politischen Zügel anzuziehen. Statistisch gesehen bedeutete dies, dass ein Sechstel der Wohnbevölkerung von 1949 das Land verlassen hatte, absolut gesehen, dass die

11 Vgl. Manfred Gehrman: Die Überwindung des „Eisernen Vorhangs“. Die Abwanderung aus der DDR in die BRD und nach West-Berlin als innerdeutsches Migranten-Netzwerk, Berlin 2009.

12 In einer Analyse der Republikfluchten von Lehrern, die der Staatssekretär des Ministeriums des Innern, Herbert Grünstein, am 2. Dezember 1958 verfasste, kommt das Gesagte idealtypisch zum Ausdruck. Abgedruckt in: Melis/Bispinck, „Republikflucht“, S. 190-195.

13 Vgl. Tzschorns Vermerk „zu den Ursachen des Wegzugs aus der DDR“ für Stoph v. 5. Juli 1960, zitiert in: Hope M. Harrison: Ulbrichts Mauer. Wie die SED Moskaus Widerstand gegen den Mauerbau brach, Berlin 2011, S. 258, Anm. 52.

14 Ebd.

15 Vgl. ebd, 259.

Bevölkerung der DDR sich in den Jahren bis zum Mauerbau stetig verringerte.¹⁶ Der Abstrom verursachte massive Probleme vor allem in zwei Richtungen, ökonomisch und politisch.

Die Abwanderung von Tausenden, die auch noch einen positiven sozialen Querschnitt darstellten, ging an der DDR nicht spurlos vorbei. Die Flüchtenden waren jung und gut ausgebildet.¹⁷ Ihr Fortgehen riss erhebliche Lücken, etwa in Betriebe oder die Gesundheitsversorgung. Die enormen Verluste führten, das ist schon vielfach beschrieben worden, die DDR an den Rand des wirtschaftlichen Kollapses. Letztlich war es auch diese Zwangslage, die die sowjetische Führung überzeugte, dem Drängen Ulbrichts auf das Schließen des „Schlupfloches“ Berlin nachzugeben.¹⁸

Daneben bedeutete die Tatsache, dass der DDR die Menschen zu Tausenden fortliefen, einen massiven Imageschaden nach innen und außen. Der Flüchtlingsstrom führte aller Welt deutlich vor Augen, dass das SED-Regime keinen Rückhalt in der Bevölkerung besaß. Jeder, der abhaute, delegitierte die DDR weiter. Das konnte einem Regime nicht gleichgültig sein, welches seinem ideologischen Anspruch nach das objektive Wohl seiner Menschen durchzusetzen versprach. Und der stete Aderlass verschlechterte die internationale Position der DDR im Kalten Krieg immer weiter, indem er den Anspruch der Bundesrepublik, allein die Interessen der Deutschen zu vertreten, deutlich unterstrich. (Natürlich verstärkte der Mauerbau gerade dieses Imageproblem der DDR zunächst. Aber aus ökonomischem Zwang handelte sie getreu dem Motto: Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende. Damit war die permanente Infragestellung der DDR mit der Abriegelung beendet. Und tatsächlich wandelte sich allmählich das Bild der DDR im Ausland, wurde sie mit den Jahren als internationaler Partner anerkannt, verschwamm bei der Betrachtung von außen vielfach ihr menschenfeindlicher Charakter.)

Die DDR stand also Zeit ihres Bestehens unter dem Zwang, gegen die Fluchtbewegung ankämpfen zu müssen. Ein Kampf gegen Windmühlen, wie sich in den späten 1980er Jahren zeigte. Die verschiedenen Wege, die die Machthaber in Ostberlin dabei beschritten, waren die folgenden vier:

Erstens wollten sie Überzeugungsarbeit leisten. In einer Richtlinie über die Maßnahmen gegen Republikflucht aus dem Jahr 1952 besitzt die „politische Aufklärungsarbeit“ einen hohen Stellenwert: Mit Belegschaften von Fabriken sollte gesprochen und mit Jugendlichen Gespräche geführt werden. Das sollte dem Zweck dienen, zunächst das Klassenbewusstsein zu stärken, dann aber auch über die Zustände im Westen zu informieren. Phänomene wie die „krasse Unfreiheit“, das „Elend der Republikflüchtigen“ und der „niedrige Lebensstandard“ seien möglichst lebendig und nicht abstrakt, sondern anhand von konkreten Berichten Betroffener deutlich zu machen.

16 Bettina Effner und Helge Heidemeyer (Hrsg.): Flucht im geteilten Deutschland, Berlin 2005, S. 28; Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.): DDR Handbuch, Köln 1975, S. 148.

17 Vgl. Heidemeyer, Flucht und Zuwanderung, S. 48-53.

18 Zuletzt Harrison, Ulbrichts Mauer; Manfred Wilke: Der Weg zur Mauer. Stationen der Teilungsgeschichte, Berlin 2011.

Dabei wurde explizit das Anführen „besonders drastische[r] Beispiele“ wie der Rekrutierungen zur Fremdenlegion oder das Abgleiten in die Prostitution als Normalfälle gefordert. Dass es gleichzeitig hieß: „Es darf nicht der Anschein erweckt werden, als solle ein Zwang ausgeübt werden“, zeigt die Doppelbödigkeit des Vorgehens. Schließlich sollten Zeitungsartikel die Arbeit flankieren.¹⁹ Ob diese Art der „Information“ verfangen konnte, wo doch die meisten Menschen in der DDR durch Verwandte, Freunde, Medien oder durch eigene Besuche im Westen ganz gut über das Leben dort informiert waren, bleibt skeptisch anzumerken. Tatsache ist, dass der Fokus der ostdeutschen Arbeit gegen die Republikflucht mehr und mehr weg von solch weichen Methoden hin zu polizeilichen und geheimpolizeilichen ging.²⁰

Zweitens versuchte die DDR Fluchtwillige zurückzuhalten, indem sie die Flüchtenden diffamierte und diskreditierte. „Wie ein Dieb in der Nacht“²¹ gingen die Menschen, nachdem sie die Wohltaten des Sozialismus genossen hätten und schlossen sich damit aus der sozialistischen Gemeinschaft aus. Es seien darüber hinaus „Einzelbeispiele von Flüchtlingen, denen Verbrechen nachzuweisen sind, zu veröffentlichen“, so das Sekretariat des ZK schon 1952.²² Nach dem Mauerbau wurde die Tonart schärfer, sie diente nun auch dazu, die Grenzpolizisten für den Dienst mit der Waffe zu konditionieren.²³ Die entsprechende Propaganda scheute vor einer öffentlichen Stigmatisierung der Flüchtenden nicht zurück – was einem anderen Versuch, nämlich den Abstrom von Menschen durch die Rückwerbung von Geflohenen auszugleichen, eklatant widersprach. Auch das war von den 1950er bis zu den 1980er Jahren Praxis und ergänzte Bemühungen, aktiv Fachkräfte im Westen für eine Arbeit in der DDR zu gewinnen.²⁴

Drittens setzte früh zusätzlich eine juristische Kriminalisierung der Flucht ein. Schon in der Besatzungszeit war es verboten gewesen, die Zonengrenzen zu überschreiten. Daran knüpfte die DDR an. Seit 1951 musste sich polizeilich abmelden, wer in den Westen reiste. Das Passgesetz der DDR von 1954 und besonders seine verschärfte Fassung von 1957 stellte dann Vorbereitung, Versuch und Unterstützung einer Flucht unter Strafe. Damit diese Bestimmung ihre volle

19 Vgl. Richtlinien über die Maßnahmen gegen die Republikflucht und zur Anwerbung von Fachkräften in Westdeutschland. Anlage Nr. 6 zum Protokoll der ZK-Sitzung vom 22. Dezember 1952. Abgedruckt in: Melis/Bispinck, „Republikflucht“, Dokument 22, S. 207-214. Auch acht Jahre später hatte sich die Situation nicht entscheidend geändert. Immer noch zeigte sich der Staat, in diesem Fall das Ministerium für Staatssicherheit, unzufrieden mit dem Erfolg der Bekämpfung der Republikflucht. Die Möglichkeiten der Aussprachen würden nicht ausgeschöpft, da die „republikfluchtverdächtigen Personen“ nach den Gesprächen sich selbst überlassen seien. Neben der Forderung nach verschärften Kontrollen wurde bemängelt, Anträge auf legale Übersiedlung würden einfach und ohne rechte Begründung abgelehnt. Vgl. Münkler, DDR 1961, Einzel-Information Nr. 242/61 v. 18. Mai 1961.

20 Vgl. die Anweisung des Ministers für Staatssicherheit I/60 v. 4. Mai 1960 und die Anweisung des Ministers zur Ausführung der Anweisung vom 7. Juli 1960, abgedruckt in: Melis/Bispinck, „Republikflucht“, Dokumente 24 und 24a, S. 215-224.

21 Plakat DEWAG, 1958. DHM, Plakatsammlung.

22 Melis/Bispinck, „Republikflucht“, wie Anm. 19, S. 208.

23 Vgl. Gerhard Sälter: Grenzpolizisten. Konformität, Verweigerung und Repression in der Grenzpolizei und den Grenztruppen der DDR 1952 bis 1965, Berlin 2009, S. 153f.

24 Vgl. Melis/Bispinck, „Republikflucht“, wie Anm. 19, S. 211f. Fallbeispiele finden sich bei Ulrich Stoll: Einmal Freiheit und zurück. Die Geschichte der DDR-Rückkehrer, Berlin 2009 und Bernd Stöver: Zuflucht DDR. Spione und andere Übersiedler, München 2009, S. 51-76.

fluchtabschreckende Wirkung entfalten konnte, veröffentlichten die Organe der DDR in den späten 50er Jahren immer wieder Urteile, die aufgrund dieser Gesetze gesprochen wurden.²⁵

Am wirkungsvollsten war viertens aber fraglos die physische Verhinderung von Grenzübertritten. Die erste Maßnahme dieser Art war die Abriegelung der innerdeutschen Grenze am 26. Mai 1952. Propagandistisch eingebettet²⁶ beschloss die Regierung der DDR die „Verordnung über Maßnahmen an der Demarkationslinie zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und den westlichen Besatzungszonen Deutschlands“²⁷ und unterband den unregulierten Grenzverkehr. Das betraf auch die Außengrenze Westberlins mit der DDR. Eine Reihe von Einzelmaßnahmen unterstützte dieses Vorhaben, am bekanntesten ist die Einrichtung eines 5-km-Streifens entlang der innerdeutschen Grenze, aus dem viele Anwohner zwangsweise ausgesiedelt wurden und für den besondere Bedingungen für den Aufenthalt und die Einreise galten.

Im Ergebnis verlagerte sich die Fluchtbewegung hauptsächlich auf Berlin, wo wegen des besonderen Vier-Mächte-Status' die Sektorengrenze zwischen dem sowjetischen und den westlichen Bereichen passierbar blieb. Die Anzahl der hier Ankommenden schnellte in die Höhe, 88.000 Flüchtlinge registrierte die Notaufnahmestelle in Westberlin allein im zweiten Halbjahr 1952.²⁸ Das warf erhebliche Probleme auf, da die Flüchtlinge versorgt und untergebracht werden mussten, vor allem aber nicht auf dem Landweg, der ja durch die DDR führte, in die Bundesrepublik gelangen konnten. Land und Bund errichteten ein neues und modernes Notaufnahmelaager für die Ankommenden, das mit einer Kapazität von zunächst etwa 1.000 Betten immer noch unzureichend war und bald auf das Doppelte vergrößert wurde.²⁹

Das Problem blieb aber vor allem aus DDR-Perspektive weiterhin ungelöst. Aufgrund der politischen Entwicklung in der DDR und der internationalen Lage während der Berlin-Krise erreichten die Flüchtlingszahlen 1960/61 ungeahnte Höhen. Im Juli 1961 waren es wieder über 30.000 Menschen, die in den westdeutschen Notaufnahmelaagern Zuflucht suchten.³⁰ Entsprechend vehement drängte die DDR den großen Bruder zum Einverständnis mit der endgültigen Schließung des „Schlupflochs Berlin“. Als die Signale aus den USA andeuteten, dass die Westmächte Maßnahmen auf östlicher Seite nicht zum Anlass nehmen würden, in eine handfeste Konfrontation einzutreten, und einzelne US-Politiker schon davon sprachen, die

25 Vgl. Christine Brecht: Wege in den Westen, in: Effner/ Heidemeyer, Flucht im geteilten Deutschland, S. 67-81.

26 Vgl. Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (Hg.): Die Flucht aus der Sowjetzone und die Sperrmaßnahmen des kommunistischen Regimes vom 13. August 1961 in Berlin, Bonn/Berlin 1961, Dokumente 4-13, S. 44-48.

27 Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Nr. 65 v. 27. Mai 1952.

28 Erinnerungsstätte Notaufnahmelaager Marienfelde e.V. (Hg.): Fluchtziel Berlin. Die Geschichte des Notaufnahmelaagers Berlin-Marienfelde, Berlin 2000, S. 11.

29 Vgl. Katja Augustin: Im Vorzimmer des Westens. Das Notaufnahmelaager Marienfelde, in: Effner/ Heidemeyer: Flucht im geteilten Deutschland, S. 135-151.

30 Zahlen aus: Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (Hg.): Die Flucht aus der Sowjetzone und die Sperrmaßnahmen des kommunistischen Regimes vom 13. August 1961 in Berlin, Bonn 1961, Schaubild.

Westmächte könnten bei einer möglichen Grenzschießung nichts unternehmen³¹, gab Moskau grünes Licht. Ostberlin holte zur Aktion Rose aus.³²

2. „Na, auch den letzten Zug verpasst?“

Diese ironisierende Begrüßung, die nach dem 13. August 1961 in der DDR kursierte³³, zieht das Geschehen zwar ins Lustige, offenbart gleichzeitig aber die Dramatik, die der Mauerbau für die Möglichkeit, die DDR zu verlassen, besaß. Das drückte sich unmittelbar in der Zahl der Geflohenen aus: Wurden im Juli 1961, sicherlich einem Monat mit extrem hohen Werten, mehr als 30.000 Neuanträge im Notaufnahmeverfahren gestellt, waren es im Dezember des gleichen Jahres nur noch 2.420.³⁴ Nichts verdeutlicht klarer, welchen Einschnitt die Maßnahmen des 13. August darstellten.

Das heißt jedoch nicht, dass der Drang wegzugehen geringer wurde. Wie Brigitte Kynast waren viele Menschen von Wut und Hass bestimmt, als sie von der Abriegelung erfuhren. Gleichzeitig wussten sie, dass sie nun der SED-Regierung ohne Möglichkeit zu entkommen ausgeliefert waren und hielten sich deshalb in ihren Äußerungen bedeckt. „Man konnte nur deprimierte, resignierte Gesichter sehen, die auf keine Veränderung mehr zu hoffen wagen, wissen, dass es jetzt noch viel schlimmer wird, aber doch nicht bereit sind aufzugeben.“³⁵ Selbst die Stasi traute dem Frieden nicht: „Die anfängliche Zurückhaltung dürfte zu einem großen Teil auf die [...] Resignation zurückzuführen sein, dass sie keine ‚Rückzugsmöglichkeiten‘ in Form von Republikfluchten mehr sehen.“ Der Propaganda vom „antifaschistischer Schutzwall“ wurde kein Glaube geschenkt, intern berichtete die Stasi, dass man in Diskussionen an der Humboldt-Uni davon ausging, die Truppen seien „vornehmlich gegen die eigene Bevölkerung aufgefahren“.³⁶

Die Abschottung Ostberlins verlieh Fluchten aus der DDR einen ganz neuen Charakter. Auch vorher war das Verlassen der DDR mit der Gefahr verbunden gewesen, ergriffen und verurteilt zu werden. Nun aber war es nur noch unter erheblichen persönlichen Risiken möglich, auf die andere Seite des Eisernen Vorhangs zu gelangen. Viele Menschen bezahlten den Versuch, die Freiheit zu erreichen, mit ihrer Gesundheit und ihrem Leben. Gerade die Dokumentation von Hans-Hermann Hertle und Maria Nooke über die Toten an der Berliner Mauer führt vor Augen, welches brutale Regime mitten in der Stadt herrschte. Und das galt selbstverständlich auch für die gesamte innerdeutsche Grenze. Der erste Grenztote war Günter Litfin, der am 24. August 1961

31 Fernsehinterview Senator James William Fulbright am 30. Juli 1961, zitiert in: Helge Heidemeyer: „Antifaschistischer Schutzwall“ oder Bankrotterklärung des Ulbricht-Regimes“. Grenzsicherung und Grenzüberschreitung im doppelten Deutschland, in: Udo Wengst/ Hermann Wentker: Das doppelte Deutschland. 40 Jahre Systemkonkurrenz, Berlin 2008, S. 89.

32 Vgl. Harrison, Ulbrichts Mauer, S. 303-343, insbesondere 316f.

33 Maria Nooke und Lydia Dollmann (Hg.): Fluchtziel Freiheit. Berichte von DDR-Flüchtlingen über die Situation nach dem Mauerbau, Berlin 2011, S. 50.

34 Effner/Heidemeyer, Flucht im geteilten Deutschland, S. 29.

35 Nooke/Dollmann, Fluchtziel Freiheit, S. 50.

36 Bericht Nr. 478/61 vom 24. August 1961, abgedruckt in: Münkler, DDR 1961, S. 230-2345, hier 233.

beim Fluchtversuch im Humboldthafen erschossen wurde, nicht.³⁷ Aber hier offenbarte das Grenzregime zum ersten Mal sein brutales Gesicht; allein in Berlin starben bis 1989 mindestens 136 Menschen an der Mauer.³⁸

Brigitte Kynast konnte noch durch den Stacheldraht schlüpfen. In den folgenden Jahren perfektionierte die DDR die Grenze immer weiter, bis sie als ein breiter, undurchdringbarer Streifen Deutschland und Berlin durchschnitt und die deutschen Teilstaaten hermetisch voneinander abriegelte. Nach und nach verstärkte die DDR ihre Sicherheitsvorkehrungen gegen potentielle Republikflüchtlinge auch im Land, so dass der gesamte Staat einem „ubiquitären Grenzsysteem“³⁹ unterworfen war, er wurde zu einer „Grenze mit einem Staat“ (Wolle).

Entsprechend wurden die Fluchtversuche immer ungewöhnlicher und wagemutiger. Organisierte Fluchthilfe spielte eine zentrale Rolle – genannt sei hier stellvertretend die Studentengruppe an der Freien Universität, die mit West-Pässen einer stattlichen Zahl von Menschen das Verlassen der DDR ermöglichte. Fluchthilfe hat es bis zum Ende der DDR gegeben, sie wurde aber seit Mitte der 1960er Jahre als zwiespältig wahrgenommen, weil die Helfer Geld nahmen, nehmen mussten. Darunter litt ihr Image.⁴⁰ Viele versuchten aber auch auf eigene Faust die Grenze zu überwinden. Einige wagten die Flucht über die Ostsee, andere bei Reisen ins sozialistische Ausland oder mit einem der DDR-Schiffe. Ganz spektakulär waren solche Versuche wie der Flug mit einem selbstgebauten Ballon, der Bau einer Seilbahn über die Mauer oder die Grenzdurchbrüche mit Zügen oder umgebauten Bussen. Eine Bilanz der vielfältigen Fluchten und Fluchtversuche gibt Maria Nooke.⁴¹

Dennoch erreichten die Erbauer ihr Ziel: Die Zahl der Flüchtenden nahm kontinuierlich ab und erreichte 1980 ihren Tiefstand mit 16.000 Zuzügen bzw. 12.000 Antragstellern im Notaufnahmeverfahren.⁴² Dass sich zu diesem Zeitpunkt die Ausrichtung der Kurve änderte, hing mit einer Entwicklung zusammen, die sich auf internationaler Ebene vollzog. 1975 war die DDR der KSZE-Schlussakte beigetreten. In der Folge beriefen sich immer mehr Menschen in der DDR auf die darin zugesagte Freizügigkeit und stellten Anträge auf dauerhafte Ausreise aus der DDR. Diese legalisierte die DDR zwar nie, aber sie gab ihnen doch in zunehmender Zahl statt – freilich oft erst nach schikanöser Behandlung der Antragsteller.

37 Schon am 22. August 1961 hatte sich Ida Siekmann tödliche Verletzungen zugezogen, als sie sich mit einem Sprung aus ihrer an die Bernauer Straße angrenzenden Wohnung in den Westteil der Stadt retten wollte.

38 Vgl. Hans-Hermann Hertle und Maria Nooke: Die Todesopfer an der Berliner Mauer 1961-1989. Ein biographisches Handbuch, Berlin 2009.

39 Gerhard Sälter: Fluchtverhinderung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe, in: Klaus-Dietmar Henke (Hg.): Die Mauer. Errichtung, Überwindung, Erinnerung, München 2011, S. 161.

40 Vgl. Marion Detjen: Ein Loch in der Mauer. Die Geschichte der Fluchthilfe im geteilten Deutschland 1961-1981, München 2005.

41 Vgl. Maria Nooke: Geglückte und gescheiterte Fluchten nach dem Mauerbau, in: Klaus-Dietmar Henke (Hrsg.): Die Mauer. Errichtung, Überwindung, Erinnerung, München 2011, S. 163-180. Vgl. auch: Bodo Müller: Faszination Flucht. Die spektakulärsten Fluchtgeschichten, Berlin 2000.

42 Vgl. Effner/Heidemeyer, Flucht im geteilten Deutschland, S. 28.

Ab Mitte der 80er galoppierten nicht nur die Zahlen der Ausreiseanträge, auch die Zahl der Genehmigungen stieg deutlich an. Gleichzeitig erhöhte sich die Zahl der Fluchtversuche zum Ende des Jahrzehnts erheblich. Sie konzentrierten sich schließlich auf die Botschaften der Bundesrepublik in Budapest, Warschau und Prag, wo sie ein großes Medienecho fanden. Flucht und Ausreise wurden zu einem der Krisensymptome der DDR, die sich auch innerhalb des „Ostblocks“ zunehmend isoliert sah.

Damit entwickelten sich Flucht und Ausreise zu einem der Bedingungsfaktoren der friedlichen Revolution, zeitweise zu ihrem Motor. Die Weggehenden demonstrierten der DDR-Führung und der Welt wie um 1960, wie wenig akzeptiert der ostdeutsche Staat war. Und sie setzten die unter Handlungsdruck, die Reformen in der DDR durchsetzen wollten. Die Mauer geschliffen haben diejenigen, die in Plauen, Leipzig und Berlin auf die Straße gegangen sind. Wacklig geworden war sie durch den stetig zunehmend dagegen anbrandenden Strom der Flüchtenden und Ausreisenden.⁴³

Gerade der Druck, der sich durch Ausreisen und Fluchtversuche in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre aufbaute und schließlich in den Ereignissen vom Herbst 1989 kulminierte, zeigt, dass der Mauerbau nur ein Kurieren an den Symptomen darstellte, aber die eigentliche Krankheit in keiner Weise heilen konnte. Wie auch? Die massive Unzufriedenheit mit den politischen und wirtschaftlichen Zuständen, nicht zuletzt aber auch mit den alltäglichen Lebensumständen hätte nur durch einen radikalen Politikwechsel beseitigt werden können. Dazu war die Führung nicht bereit, hätte ein solcher doch ihren Untergang bedeutet. Deshalb griff sie zu Zwangsmaßnahmen. Konsequenz dieser lediglich unterdrückten Unzufriedenheit war, dass sie sich erneut in dem Moment Bahn brach, als sich der Druck an verschiedenen Stellen lockerte. Diese Situation und der Umgang mit ihr beeinflussten nicht nur das Leben in der DDR und der Bundesrepublik und die Geschichte des geteilten Landes, sondern prägten auch ganz handfest das Leben Einzelner. Für Ingrid Krauß war die glückliche Erfahrung, kurz vor Toresschluss „rausgekommen“ zu sein, Antrieb, mit ihrer Geschichte in die Öffentlichkeit zu gehen. Sie stellt sich als Zeitzeugin zur Verfügung, um vom alltäglichen Druck und den menschlichen Bedrückungen in der DDR zu berichten, und engagiert sich für die Erinnerungsstätte Notaufnahmehager Marienfelde. Brigitte Kynast musste eine Haftstrafe erleiden und ein Leben unter Bedingungen führen, die sie ausdrücklich ablehnte. Noch vierzig Jahre später war für sie diese Erfahrung Anlass genug, das Gebiet der – dann schon ehemaligen – DDR endgültig zu verlassen und in den alten Westen zu ziehen. Für beide war der Bau der Mauer ein einschneidendes Ereignis, aber es machte eben einen gewaltigen Unterschied, von welcher Seite man dieses monströse Bauwerk dann 28 Jahre lang betrachten musste.

43 Vgl. Gerhard A. Ritter: Die menschliche „Sturmflut“ aus der „Ostzone“. Die Flucht aus der DDR und ihre Folgen für Berlin und die Bundesrepublik, in: Effner/Heidemeyer, Flucht im geteilten Deutschland, S. 33-47.